

Niederschrift



Gremium: **56. Sitzung des Kreisausschusses**
Sitzungsdatum: **Montag, den 28.01.2013**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:33 Uhr Ende: 17:02 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Ludwig Fröhlich
Harald Güller
Dr. Michael Higl
Ursula Jung
Georg Klaußner
Albert Lettinger entschuldigt
Heinz Liebert
Bernd Müller bis 16.23 Uhr
Dr. Simone Strohmayer
Karl-Heinz Wagner
Mathilde Wehrle

Vertreter:

Johann Häusler Vertretung für Bernhard Hannemann

Verwaltung:

Armin Falkenheim
Ulrich Gerhardt
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Gerhard Reiter, ASMV GmbH (zu TOP 1)
Stellvertreter des Landrats Strehle

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Kreishaushalt 2013 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 13/0004
2. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 13/0003
2. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 13/0003/1
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Kreisrat Güller bittet darum, in der heutigen Sitzung auch über den Innovationspark zu reden. Dies soll laut **Landrat Sailer** unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes erfolgen.

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Kreishaushalt 2013 - 2. Lesung;
 Behandlung des Verwaltungsentwurfs
 Vorlage: 13/0004**

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2013 (Stand: 14.12.2012) wurde am 07.01.2013 in den Kreistag (Vorlage 12/0338) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 688.900 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 16.577.700 € enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2013 wurde in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

14.01.2013 im Kreisausschuss,
15.01.2013 im Jugendhilfeausschuss,
16.01.2013 im Schul- und Kulturausschuss,
17.01.2013 im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und
18.01.2013 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden in der Zeit vom 19. bis 26.01.2013 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 14.12.2012 ergeben haben, wurden in den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass letztlich immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2013 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 13.12.2012 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2013 entschieden. Die Auswirkungen des unveränderten Bezirksumlagehebesatzes von 23,9 % wurden bereits in der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag am 07.01.2013 beschrieben.

Daneben enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausgleichsleistungen, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus) sowie alle Wirtschaftspläne, welche Auswirkungen auch auf den Kreishaushalt nehmen, endgültig verabschiedet.

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Herr Reiter informiert den Kreisausschuss über den Masterplan der Messe Augsburg und die geplante Ertüchtigung des Messegeländes. Es wird hierzu auf die dieser Niederschrift beigefügten Präsentationen verwiesen.

Stv. Landrat Häusler erkundigt sich bei Herrn Reiter danach, ob es aus München entsprechende Signale bzw. Gespräche gibt, die positiv stimmen. **Herr Reiter** teilt mit, er habe vor 2 ½ Jahren versucht, den Standort Augsburg beim Ministerium ins rechte Licht zu setzen und die Notwendigkeit der Unterstützung darzustellen. Die Planung sei daraufhin diskutiert und unverhofft eine Zusage über 2 Mio. € gekommen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei hierüber von politischer Seite überhaupt noch nicht diskutiert worden. Dies werde nun passieren. Es besteht aus Sicht von Herrn Reiter noch Spielraum, aus diesen 2 Mio. € mehr zu machen. Eine Aussage zum gesamten Masterplan gebe es im Moment noch nicht. Diese müsse auf politischer Ebene erfolgen.

Kreisrat Liebert meint, die Messe sei besser geworden, aber noch nicht gut genug. Die Konkurrenz schlafe nicht. Bezüglich der Zuschüsse und der Halle habe man schon einmal diskutiert und gesehen, dass diese Zuschüsse, von ihm auch gern als „süßes Gift“ bezeichnet, momentan gut wirken. Langfristig gesehen würden die Zuschüsse aber immer die Kommunen treffen. Hinsichtlich der neuen Messehalle 4 seien viele Dinge in den Raum gestellt worden, die man so nicht nachvollziehen könne.

Der Masterplan solle in drei Schritten vollzogen werden. Die dargestellten 50 Mio. € würden alle Größenordnungen sprengen. Der Landkreis wisse um die Wertigkeit des Messeplatzes und dokumentiere dies als zweitgrößter Gesellschafter neben der Stadt Augsburg mit seinem 20 %-Anteil. Herr Reiter habe von 56.000 m² Hallenfläche gesprochen, in der Präsentation stünden 48.000 m². Davon sei nur eine Hallenfläche von 30.000 m² gleichwertig. Dies mache das Defizit aus, weswegen die Messe Augsburg in der zweiten Liga spiele. Man werde es wohl nicht schaffen, bei der Messe erstklassig zu werden, da Investitionen wie in Stuttgart mit 800 Mio. € sicherlich eine Nummer zu groß für Augsburg seien. Herr Reiter habe jedoch ein Stichwort genannt, das auch bei den Kreisfinanzen eine Rolle spiele. Dies sei die sog. Umwegrentabilität, die sich nicht sofort 1:1 niederschlage, sich aber im Nachlauf auf die Umlegegrundlagen auswirke.

Kreisrat Liebert teilt mit, seine Fraktion wolle sich dies nochmals genau anschauen. Die Frage der Halle 4 müsse man im Auge behalten und es müsse noch alles mit konkreten Zahlen hinterlegt werden. Im Übrigen gelte dies auch für die laufenden Aufwendungen. Es liege ein Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Augsburg vor. Konkretere Zahlen gebe es wohl nicht. Um überhaupt im Kreishaushalt 2013 Zahlen diskutieren zu können, müsse etwas „mehr Fleisch um die Knochen“ kommen.

Kreisrat Güller dankt Herrn Reiter für die realistische Darstellung. Die Messe Augsburg sei ein ergänzender Standort und müsse in Zusammenarbeit mit anderen Messen sehen, wo sie auf Dauer ihren festen Platz habe. Die jetzigen Aussagen würden sich wohlwollend von dem abheben, was er im vergangenen Jahrzehnt gehört habe. Die Aufgabenstellung laute jetzt, über den Messeplatz Bayern hinweg mit dem Messeplatz Baden-Württemberg in eine Zusammenarbeit zu kommen. Es mache relativ wenig Sinn, sich in den gleichen Bereichen aufzurüsten und sich Messen abspenstig zu machen.

Darüber hinaus müsse ein Augenmerk auf die Verkehrsanbindung gelegt werden. Zur Diskussion um den Bundesparteitag der SPD habe es auch einen Kommentar in der Augsburger Allgemeinen gegeben. Es sei auf die inzwischen miserable Bahn-Nordanbindung hingewiesen worden. Eine Anbindung an den Flughafen München in ordentlicher Zeit funktioniere nur mit dem Shuttle-Dienst. Ein Messeplatzbesucher müsse extra darauf hingewiesen werden, dass die Verbindung mit dem Auto oder dem Bus am einfachsten sei. Die Bahnspange in München zum Flughafen sei eine Aufgabe, die auch den Messeplatz Augsburg betreffe. Hier könne Herr Reiter zwar nicht direkt tätig werden. Es wäre aber hilfreich, zur Verkehrs-

anbindung der Messe bzw. des Kongressplatzes Augsburg an überregionale Orte eine Darstellung für künftige Zeiten zu haben.

Die 2 Mio. € im Haushalt des Freistaates Bayern sieht Kreisrat Güller mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Alle wüssten, dass dies zu einem Teil dem Wahlkampf im Jahr 2013 geschuldet sei. Wenn man sich die Kosten der Halle 4 anschauet, dann werde man mit 2 Mio. € nicht hinkommen. Darum müsste man wissen, wie viel die Halle wirklich koste, wie hoch die Rendite sei und wie die Halle abfinanziert werde. Erst dann könne überlegt werden, wie viel der Freistaat Bayern hieran bezahlen sollte. Es wäre daher sinnvoller gewesen, dies politisch auszuhandeln. Der Vorteil sei, dass man nun eine Hausnummer und eine Haushaltsstelle habe. Die Systematik der Haushaltsberatungen sei jedoch bekannt. Wenn einmal 2 Mio. € im Haushalt stünden, dann werde es kompliziert werden, mehr zu bekommen. Kreisrat Güller bittet Herrn Reiter abschließend noch darum, die Zahlen und die Termine, zu denen die Ausgaben erfolgen sollen, genauer darzustellen.

Kreisrätin Jung meint, man müsse nicht unbedingt die Gesamtsumme von 50 Mio. € im Auge haben, sondern die weitere Vorgehensweise. Sie habe Herrn Reiter so verstanden, dass man die Halle 4 brauche, wenn man bei der Messe weiter in der 2. Liga spielen und nicht absteigen wolle. Wenn das Land Bayern an einem großen Messestandort in Augsburg interessiert sei, dann müsste es eigentlich eine höhere Beteiligung geben. Auch Kreisrätin Jung erachtet die Verkehrsanbindung als schwierig. Hier sei die Bahn gefragt, damit die Messestandorte entsprechend verkehrlich angebunden würden.

Kreisrätin Jung teilt mit, dass ihre Fraktion hierüber noch intensiv beraten möchte, nachdem die Unterlagen nun vorliegen. Ihrer Fraktion wäre schon daran gelegen, in der 2. Liga weiterzuspielen.

Kreisrat Buhl möchte von Herrn Reiter wissen, ob von den bisher geleisteten Zuschüssen etwas zurückgezahlt werden muss.

Herr Reiter teilt mit, dass Zuschüsse für die Halle 4 in Höhe von 480.000 € zurückgezahlt werden müssen. Die Halle 4 sei mit 6,2 Mio. € geplant. Für Abbaukosten würden außerdem 120.000 € anfallen. Nun gehe es darum, den Zuschuss nach oben zu bekommen und die Kosten der aus dem Jahr 2000 zurückzuzahlenden Zuschüsse zu minimieren. Der erste Schritt wäre nun die Messehalle 4. Anschließend bestünde Zeit dazu, die nächsten Schritte zu überlegen.

Zur Nachfrage von Kreisrat Liebert teilt Herr Reiter mit, dass ein Gelände mit 56.000 m² inklusive der jetzt als Lager genutzten Hallen vorhanden sei. Ohne diese Hallen seien es 48.000 m². Gleichwertig seien 30.800 m².

Zur verkehrlichen Anbindung informiert Herr Reiter darüber, dass im Moment keine Probleme bei internationalen Veranstaltungen bestehen. Der Flughafen München sei sehr gut angebunden. Wenn man sich in Nürnberg z. B. die Spielwarenmesse mit vielen internationalen Besuchern ansehe, so würden all diese Besucher in München landen und müssten dann nach Nürnberg transportiert werden. Natürlich wäre es von Vorteil, eine bessere Bahnanbindung zu haben. Bei einer nationalen Veranstaltung, wie dem Bundesparteitag, werde dies schon eher ein Problem sein. Hier müsse man mit Shuttle arbeiten.

Herr Reiter verweist auf eine weitere Präsentation, in der die Wirtschaftlichkeit der Halle 4 aufgezeigt wird. Es gebe auch schon Businesspläne. Es sei ihm heute wichtig gewesen, zunächst einmal einen Überblick zu geben. In einem zweiten Schritt sei er gerne zu einer detaillierten Vorstellung bereit.

Kreisrat Buhl bittet darum, die Unterlagen zu den vertraglichen Regelungen und Verpflichtungen des Landkreises neben den übrigen Anlagen zu Protokoll zu nehmen.

Anschließend ruft **Landrat Sailer** die 2. Lesung des Kreishaushaltes 2013 auf. Er bittet **Herrn Seitz** darum, den Ausschuss auf den aktuellen Stand zu bringen. Es sollte anschließend nur noch auf die Punkte eingegangen werden, zu denen es noch eine Frage oder eine Veränderung im Zahlenwerk gegeben habe.

Herr Seitz weist auf die in der vergangenen Woche zugesandte zweite Fortschreibung der Haushaltsunterlagen hin. Bei der Einbringung des Haushaltes in den Kreistag sei man noch von einem ungedeckten Bedarf von 688.000 € ausgegangen. Hieraus habe sich nun mittlerweile ein „Überschuss“ von 139.000 € ergeben. Aufgrund der Umlagekraftsteigerung und der Schlüsselzuweisungen konnte allerdings auch von 4,6 Mio. € Mehreinnahmen gegenüber 2012 ausgegangen werden.

Herr Seitz erläutert daraufhin die noch offenen Positionen sowie die auf der Fortschreibungsliste dargestellten Veränderungen.

KA-Vorlage

Lfd. Nr. 33 (ZRF Augsburg – Integrierte Leitstelle)

Kreisrat Güller verweist auf die Aussage in der letzten Sitzung, wonach die Betriebskostenbeteiligung für die Jahre 2009 – 2012 momentan noch rechtlich geprüft werde. Hinsichtlich der Rettungsdienstausgaben gebe es wohl ein VG-Urteil von kurz vor Weihnachten. Die Leitstelle habe demnach einen Prozess verloren, in dem es auch um die Kosten gehe, die weiterverrechnet werden. Kreisrat Güller erkundigt sich nach Auswirkungen auf das Defizit. Dieser Posten sei schon mehrfach hinterfragt worden. Vor der abschließenden Beratung sollte der Kreisausschuss daher hierzu noch einen aktuellen Sachstandsbericht erhalten. Insbesondere sollte man sich nach den Auswirkungen dieses Urteils erkundigen und klären, ob seine Informationen hinsichtlich des Urteils richtig seien.

Herr Seitz legt dar, dass der Zweckverband seinen Haushalt in der zurückliegenden Verbandsversammlung beschlossen habe. Der Anteil des Landkreises aus dem beschlossenen Haushalt 2013 entspreche den in der Haushaltsvorlage enthaltenen 396.200 €. Der Bedarf für diese 396.200 € ergebe sich aus drei Aspekten. Die Vorauszahlungen auf den laufenden Betrieb 2013 seien mit 954.000 € veranschlagt. 10.000 € seien pauschal für die Abrechnung des Feuerwehranteils aus 2012 eingestellt. Das Defizit des Rettungsdienstes 2009 – 2011 sei mit 811.000 € im Haushalt des Zweckverbandes veranschlagt und trage ebenfalls zur Bildung dieses Ansatzes bei. Herr Seitz teilt mit, dass er das VG-Urteil nicht kenne. Es gehe wohl darum, dass sich die Stadt Augsburg als Betreiberin der ILS mit den Krankenkassen als Träger der Rettungsdienstkosten nach einem gescheiterten Schiedsverfahren vor Gericht getroffen habe. Sollte das Gericht festgestellt haben, dass die Krankenkassen nichts weiter zahlen müssen, fallen diese Ausgaben auf den Zweckverband zurück. Der Zweckverband wäre aufgrund der vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Zweckverband und der Stadt Augsburg als Betreiberin der ILS verpflichtet, das sich aus der Nichtabrechnung mit den Krankenkassen ergebende Defizit zu übernehmen. Die eingeschaltete Kanzlei habe in der Vergangenheit die Aufgabe gehabt, die Abrechnung der ILS auf Schlüssigkeit und vertragskonforme Auslegung zu prüfen. Dies sei zweimal erfolgt und habe auch immer zu Nachkorrekturen geführt, die dann Bestandteil der Abrechnung gewesen seien. Für den genannten Zeitraum sei dies seines Wissens noch nicht abschließend erfolgt, so Herr Seitz.

Kreisrat Güller erklärt, dies sei exakt der Sachverhalt. Dieser betreffe aber die Vergangenheit. Bei den Kosten, die nicht von den Krankenkassen zu bezahlen seien, müsse man sicherlich nachfragen, ob diese richtig berechnet wurden oder jemand vielleicht massive Fehler gemacht habe, da das Gericht dies offensichtlich nicht anerkannt habe. Dies betreffe aber auch die Vorauszahlungen in die Zukunft. Wenn das Geld für die Rettungsdienstalarmierung

in der Vergangenheit nicht gegenüber den Krankenkassen geltend gemacht werden konnte, dann könne dies auch heuer nicht geltend gemacht werden. Es gebe zwei Möglichkeiten. Entweder man reagiere hierauf oder man weise dies neu nach, weil man im Prozess gegebenenfalls Fehler gemacht habe. Man könne dies nicht einfach so weiterlaufen lassen, wenn es ein solches Urteil mit einem solchen Inhalt gebe.

Laut **Herr Püschel** wäre nun zunächst zu klären, ob das Urteil bestands- oder rechtskräftig ist.

Kreisrat Liebert meint, die Kardinalfrage sei, in welche Kompetenz und in welche Verantwortlichkeit welche Leistung falle. Es sei zu klären, was hiervon den Landkreis und was den Sozialversicherungsträger Krankenkasse betreffe. Mit dieser habe der Landkreis nichts zu tun. 2012 sei ein Ist-Ergebnis von 213.000 € vorhanden. Nun habe sich der Betrag nahezu verdoppelt. Kreisrat Liebert erklärt, er kenne den Sachverhalt genauso, wie er jetzt geschildert worden sei. Er gehe davon aus, dass es sich um ein erstinstanzliches Urteil handle, so dass es immer noch die Möglichkeit gebe, in die nächste Instanz zu gehen. Dies sei wohl angezeigt. Der Landkreis sollte dies nicht so einfach schlucken. Die vorliegenden Zahlen seien es wert, hierüber noch einmal gründlich nachzudenken.

Herr Püschel legt dar, dass die im Haushalt enthaltenen Zahlen auf Grundlage des Wirtschaftsplanes des Zweckverbandes für das Jahr 2013 entstanden sind. Die Zweckverbandversammlung habe kurz vor Weihnachten stattgefunden. Zum Urteil sei von Seiten der Geschäftsleistung kein Wort verloren worden. Der Landkreis könne derzeit daher haushaltsmäßig nichts anderes einpreisen. Allerdings sollte erforscht werden, wie hoch die Risiken eventuell für die Zukunft seien.

Landrat Sailer betont, man brauche Klarheit über den Inhalt des Urteils und die daraus möglicherweise resultierenden Konsequenzen. Bis Mitte der Woche wolle er hierzu einen Aktenvermerk haben, der dann am Donnerstag in die Kreistagspost gehen sollte. Er selbst kenne dieses Urteil bisher nicht.

Lfd. Nr. 34, 35, 36, Fortschreibungsliste (Schülerbeförderung)

Kreisrat Güller bedankt sich für die überlassenen Unterlagen zu den Schülerzahlen und Schülerbewegungen. Auffällig sei, dass es in den Kosten immer eine Steigerung von 3,5 – 4 % gebe, während auf der anderen Seite in einigen Bereichen ein deutlicher Rückgang von Schülern vorhanden sei. Insbesondere bei der öffentlichen Schülerbeförderung seien es 8 % weniger Schüler und trotzdem 4 % höhere Kosten. Kreisrat Güller bittet um Darstellung dieser Diskrepanz.

Herr Falkenhein teilt mit, dass die Schülerzahlen von 2011 auf 2012 vor allem im Bereich der öffentlichen Linie gesunken sind. Jedoch sinke damit nicht zwangsläufig auch der Aufwand. Wenn z. B. ein Schüler aus den Stauden eine spezielle Schule in Augsburg besuche, dann bringe dies nicht zwangsläufig einen geringeren Aufwand beim AVV mit sich. Diese Situation gebe es in der öffentlichen Linie an vielen Punkten.

Lfd. Nr. 69, Zusatzliste (Zuschuss an den BRK-Kreisverband Augsburg-Land – Erhöhungsantrag)

Der Kreisausschuss spricht sich **einstimmig** für eine **Ansatzserhöhung** von bisher 109.300 € auf **120.000 €** aus.

UA 7902 neu, Fortschreibungsliste/Veränderungen Zusatzliste (Erlebnisweg Lechfeldschlacht)

Herr Seitz weist darauf hin, dass zu dieser Position in der nächsten Kreisausschusssitzung weitere Erläuterungen in einem eigenen Tagesordnungspunkt erfolgen sollen. Die Verwaltung schlage vor, für die Konzeptphase im Jahr 2013 10.000 € einzustellen.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Liebert** teilt **Herr Seitz** mit, dass die ursprünglich vorgelegte Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben für die Maßnahmendurchführung gedacht gewesen sei. Jetzt gehe es um einen Anteil des Landkreises Augsburg in Höhe von 10.000 € an einer Konzepterstellung. Dieses Konzept solle dann für den Haushalt 2014 maßgeblich sein.

Landrat Sailer bittet die Fraktionen darum, die Thematik vor diesem Hintergrund noch einmal bis zur 3. Lesung zu beraten.

Lfd. Nr. 77 (Staatszuschüsse aus dem ÖPNV-Gesetz)

Kreisrat Liebert schlägt im Namen der CSU-Fraktion vor, die ÖPNV-Einnahmen um 100.000 € auf 1,4 Mio. € zu erhöhen. Als Begründung führt er die Ausgabenerhöhung von bisher 5,4 Mio. € auf 5,6 Mio. € an.

Darüber hinaus erinnert Kreisrat Liebert an die in der letzten Sitzung erfolgte Feststellung, dass zur Haltestellenproblematik kein Haushaltsansatz gebildet wurde. Der Landkreis habe eine Erhebung in Auftrag gegeben. Kreisrat Liebert möchte wissen, ob es der momentane Stand dieser Erhebung rechtfertigen würde, schon einen Haushaltsansatz vorzusehen oder nicht.

Herr Püschel erläutert, dass den Gemeinden eine Frist bis Ende Februar zur Beantwortung gesetzt wurde. Man werde jetzt versuchen, eine Bestandsaufnahme zu bekommen, um dann zu sehen, wo und in welcher Form Haltestellen nachgebessert werden müssen. Die Frage, was dies im Zweifel kosten werde, sei aus dieser Umfrage noch nicht abschließend zu beantworten. Deshalb tue man sich im Moment schwer damit, einen halbwegs zuverlässigen Ansatz zu bilden.

Kreisrat Buhl plädiert dafür, zumindest einen Erinnerungsbetrag einzustellen, um im Herbst eventuell bereits die eine oder andere Haltestelle an derzeit sehr gefährlichen Stellen bezuschussen zu können, die dann von den Gemeinden auf den Weg gebracht werden könnten. Es könnte ein Betrag in Höhe von 50.000 € eingestellt und dieser mit Sperrvermerk versehen werden.

Landrat Sailer verweist auch diesen Vorschlag zur Beratung in die Fraktionen.

Kreisrat Güller meint, die Argumentation des Kollegen Buhl habe etwas für sich. Dies hätte dann aber auch Folgen in anderen Bereichen. Kreisrat Güller erinnert beispielsweise an den von Kreisrätin Dr. Strohmayer seit längerer Zeit in der Verwaltung liegenden Antrag zum barrierefreien Zugang zu Gebäuden. Dieser Antrag sei noch nicht bearbeitet.

Herr Püschel entgegnet, dass es bei diesem Antrag zunächst um die Bestandsaufnahme gegangen sei, die auch relativ schnell vorgelegen habe. Dann sei das Ganze im Bauausschuss besprochen worden. In diesem Stadium befinde sich der Antrag im Moment. Dies hänge aber auch damit zusammen, dass man sich in der Fraktionsvorsitzendenrunde darüber einig gewesen sei, dass das Gebäudemanagement hierbei eine wesentliche Rolle spiele, das nun gerade erst im Entstehen sei. Der Antrag sei nicht in Vergessenheit geraten.

Lfd. Nr. 95 (Innovationspark Augsburg – Stammkapitaleinlage und lfd. Betriebskostenzuschuss)

Landrat Sailer verweist auf die Anfrage von Kreisrat Güller und bittet um Ausführungen hierzu, insbesondere zur Kostenexplosion beim Technologiezentrum.

Herr Püschel teilt mit, der Verwaltung seien die Informationen derzeit vor allen Dingen aus der Presse bekannt. Es gehe um die Frage, ob aus den 20 Mio. € für die Errichtung des Gebäudes nunmehr 27 Mio. € geworden seien. Herr Gerhardt habe Kontakt mit dem Geschäftsführer, Herrn von Zitzewitz, gehabt. Dabei habe sich herauskristallisiert, dass wohl intern noch ein gewisser Klärungsbedarf im Hinblick auf die Frage bestehe, wie viel Millionen Euro es tatsächlich seien. Man wisse letztlich noch gar nicht, ob und in welcher Höhe es zu Steigerungen komme. In den Sitzungsvorlagen im Oktober und November sei dargestellt worden, dass gerade die Frage, in welcher Höhe Investitionsbeiträge notwendig seien, eine ganz wesentliche Rolle für die Beteiligung des Landkreises an diesem Projekt spiele. Es gebe zwei Rückzugslinien: Zum einen wolle sich der Landkreis die Kostenrechnung nach der Detailplanung ansehen. Zum anderen sollen zunächst 60 % der Bauhauptarbeiten ausgeschrieben werden, um Klarheit darüber zu haben, was das Bauvorhaben dann tatsächlich auf Grundlage der Ausschreibung kosten werde.

Kreisrat Liebert erklärt, ihn habe der heutige Zeitungsbericht sehr überrascht. Es handle sich hierbei eigentlich um einen Bericht über den Landkreis Aichach-Friedberg, in dem stehe, warum sich der Landkreis Aichach-Friedberg bisher nicht getraut habe, beim Innovationspark einzusteigen. Überrascht sei er auch darüber, wie hier mit Millionen herumgeworfen werde. Kreisrat Liebert betont, er sei für Transparenz, aber auch für Klarheit. Der Landkreis sollte an seinem einstimmig gefassten Beschluss festhalten und die Chance zusammen mit der Stadt Augsburg nutzen. Wichtig sei, dass die Rückzugslinien bestehen bleiben. Wünschenswert wäre eine Beteiligung des Landkreises Aichach-Friedberg, aber auch eine Beteiligung der beiden Kammern, die zwar immer mitreden, sich aber nicht beteiligen wollen.

Kreisrat Güller erachtet diese Klarstellung heute als notwendig. Man müsse trennen zwischen den Baukosten, um die es im Artikel gehe, und dem Grundsatzbeschluss des Landkreises, in der GmbH dabei zu sein. Ihn wundere allerdings die Überschrift „Innovationspark – Steigen die Landkreise aus?“, nachdem im Artikel nur der Landkreis zitiert werde, der noch nicht einmal eingestiegen sei. Der Artikel ende damit, dass sich der Landkreis Augsburg eine Hintertür offen gelassen habe. Kreisrat Güller macht deutlich, der Landkreis habe anhand einer klaren Beschlussvorlage entschieden und erklärt, dass man unter diesen Voraussetzungen gerne dabei sei und auch das entsprechende Geld zur Verfügung stellen werde. Fraktionsübergreifend sei man der Auffassung gewesen, dass dies für den Landkreis Augsburg und seine Bürgerinnen und Bürger einen großen Vorteil bringe. Es bestehe kein Grund, jetzt auszusteigen. Man sollte am bisher Beschlossenen festhalten und sehen, dass das Ganze zu einem Erfolg werde. Dies heiße auch, dass der Innovationspark zu einem Preis errichtet werden müsse, zu dem die Firmen dann auch anmieten.

Stv. Landrat Häusler erinnert daran, dass man sich lange Zeit darüber beschwert habe, nicht entsprechend eingebunden zu sein. Es sei der politische Wille des Kreistages gewesen, hier in der Verantwortung zu sein und ein Mitspracherecht zu haben, aber auch die Zusammenarbeit der Region in diesem Zukunftsprojekt insgesamt darzustellen. Man habe klare Beschlüsse gefasst. Der Artikel sei eine Botschaft nach außen gewesen, die zumindest bei Teilen der Stadt Augsburg und vielleicht auch bei einzelnen Unternehmen nicht besonders gut ankommen. Der Landkreis Augsburg sollte immer ein verlässlicher Partner sein. Die Beschlusslage sollte beibehalten werden. Das Thema der Kostensteigerungen habe man auch bei anderen Maßnahmen. Wie von Harald Güller dargelegt, müsse es sich letztlich um ein betriebswirtschaftlich sinnvolles Konzept handeln.

Auch **Kreisrätin Jung** meint, dass es im Moment keinen Grund gibt, auszusteigen. Man habe die Rückzugsklauseln im Beschluss stehen. Es mache sich jetzt bemerkbar, wie wichtig diese seien. Man könnte in einem zweiten Schritt über eine Reduzierung der Beteiligung nachdenken, wenn dies wirklich notwendig wäre. Ansonsten solle dies nun so weiterlaufen.

Kreisrat Buhl teilt mit, dass auch seine Fraktion bei ihrer bisherigen Haltung und auch bei der Einschätzung bleiben wolle, die von verschiedenen Seiten bereits dargelegt wurde. Der Landkreis habe kein Risiko. Anderenfalls könne immer noch die Reißlinie gezogen werden.

Lfd. Nr. 96, Zusatzliste/Fortschreibungsliste (Kreisenergiewerke – Betriebskostenanteil)

Herr Seitz verweist auf die in der 1. Lesung vorgenommene Fortschreibung der Listenposition aufgrund des Antrags von CSU und FW.

Kreisrätin Jung plädiert dafür, beim Betrag von 50.000 € zu bleiben und nicht aufzustocken. Ihre Fraktion habe einen Änderungsantrag formuliert, wonach in einigen Punkten noch erhebliche Änderungen vorgenommen werden müssen. Für die Klimaschutzbeauftragte sollte eine halbe Stelle geschaffen, für die Energiewerke sollten hingegen noch keine Kosten für einen Geschäftsführer etc. angesetzt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten die Energiewerke ohnehin noch nicht in Kraft treten. Es sollte zunächst ein Konzept in einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden, die sich aus den Mitgliedern des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses zusammensetze. Vielleicht könne eine Ideenwerkstatt eingeführt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie die Energiewerke dann tatsächlich aufgestellt sein sollen. Kreisrätin Jung erklärt, sie werde Landrat Sailer diesen Antrag noch zukommen lassen.

Kreisrat Liebert führt an, dass man sich bereits beim letzten Mal darüber einig gewesen sei, dass man sich das Jahr 2013 für die Gründung der Energiewerke vornehmen sollte. Papier über die Kreisenergiewerke gebe es schon genug. Aussagen, dass dies schleppend vorangehe, habe man auch schon oft gehört. Wenn man das Ding zum Laufen bringen wolle, müsse man dies unterlegen. CSU und FW seien diejenigen gewesen, die nun zum ersten Mal konkret gesagt hätten, was sie wirklich wollen. Dies sei sicherlich ergänzungsfähig, so Kreisrat Liebert. Diesbezüglich sei er völlig offen. Ob der Betrag von 50.000 € oder ein Betrag von 100.000 € richtig sei, wisse er nicht. Kreisrat Liebert schlägt vor, die jetzt im Verwaltungsentwurf vorgesehenen 50.000 € entgegen des Antrags zu belassen, zumal im Bereich der Wirtschaftsförderung noch freie Kapazitäten vorhanden seien.

Hinsichtlich des Inkrafttretens oder der Kompetenzen sei er völlig schmerzfrei, so Kreisrat Liebert. Viele Arbeitsgruppen könne man aber nicht mehr gründen. Man müsse jetzt ganz konkret sagen, wo es langgehe. Weil man nicht genau wisse, wie es gehen solle, wolle man sich zunächst einmal Sachverstand von außen einkaufen und diesen dann in die Landkreisverwaltung transferieren. Auch bezüglich der Stelle, die im Übrigen mit Sperrvermerk beantragt sei, sieht Kreisrat Liebert keine Gefahr, ebenso nicht die Gefahr, eine Geschäftsleitung von extern einstellen zu müssen. Es gehe vielmehr um eine Kombination aus dem Know-how von außen und den im Haus vorhandenen Ressourcen.

Kreisrat Güller berichtet, seine Fraktion habe sich in der Klausur nochmals mit den Personalkosten und Betriebskostenzuschüssen auseinandergesetzt. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass man sich beim jetzigen Diskussionsstand von dem Begriff „Werke“ verabschieden müsse und werde. Es werde dadurch suggeriert, dass diese Energiewerke auch im operativen Bereich tätig seien. Dafür gebe es hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Kommunen und auch der rechtlichen Rahmenbedingungen im Moment keinen Rückhalt. Damit dies überhaupt zum Laufen komme, müsse man sich von diesem operativen Teil verabschieden. Dies betreffe nicht die eigenen Liegenschaften und die dortige Produktion. Dies heiße, man werde mehr im beratenden Bereich und im Organisieren der Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern und im Organisieren der

Energiewende tätig sein. Für diese Konstruktion brauche man im Jahr 2013 keinen Betriebskostenzuschuss und auf keinen Fall eine externe Stelle, sondern erledige dies durch interne Umschichtungen der bestehenden Planstellen. Man habe auf der einen Seite die Klimaschutzbeauftragte und auf der anderen Seite Herrn Leiter sowie weitere Personen in der Wirtschaftsförderung. Dort solle eine Umstrukturierung erfolgen und dort die Kreisenergiewende nach vorne gebracht werden. Dies mache nach Auffassung der SPD-Fraktion deutlich mehr Sinn. Es werde keinen Betriebskostenzuschuss, keinen Euro für eine externe Vergabe und keine Personalmehrung mit Stimmen der SPD-Fraktion geben.

Stv. Landrat Häusler erklärt, er könne diese Äußerung nicht verstehen. Seit über einem Jahr habe man sich im gemeinsamen Konsens auf Kreisenergiewerke geeinigt. Man habe jetzt über ein Jahr Vorlauf gehabt. Keiner könne sagen, es hätten keine Gespräche stattgefunden. Die Energiewende finde jetzt statt. Wenn man sich jetzt nicht beteilige und die Ideen, die Netzwerkfunktion und die operative Option mittelfristig wahrnehme, müsse man sich generell von diesem Thema verabschieden. Andere Möglichkeiten habe der Landkreis bereits geschaffen, wie z. B. die Regionale Energieagentur. Es gehe nun tatsächlich um die lokale Umsetzung der Energiewerke. Der Landkreis könne sich sehr wohl im operativen Bereich betätigen, auch wenn dies vielleicht im Moment aufgrund der gesetzlichen Vorgabe nur indirekt möglich sei, z. B. über eine Projektgesellschaft. Der Landkreis habe hierfür nicht die interne Kompetenz, sondern brauche Know-how von außen. Man müsse jetzt in die Gänge kommen. Ansonsten könne man das Thema auf kommunaler Ebene abschreiben. Es sei also auch eine Frage des Wettlaufs mit der Zeit. Ob jetzt 100.000 € oder wie von Kollege Liebert vorgeschlagen noch Mittel aus der Wirtschaftsförderung vorgesehen werden, sei nicht die Grundsatzfrage. Der Landkreis müsse aber in der Lage sein, diesen Einstieg jetzt zu schaffen. Hierfür brauche man externe Unterstützung.

Kreisrätin Jung betont, sie wolle auf keinen Fall gegen die Energiewerke sprechen. Ihr gehe es darum, dass man dies richtig auf die Beine stelle. Ihrer Meinung nach sei dies in der Vergangenheit nicht richtig gelaufen, vielleicht auch deshalb, weil das Thema bisher halbherzig angegangen worden sei. Man brauche in diesem Bereich Personal. Wenn man Personal umstrukturieren könne, dann solle es ihr recht sein. Man dürfe aber nicht vergessen, dass die Klimaschutzbeauftragte nur zu 60 % zuständig sei und zu 40 % für die Energieagentur arbeite. Es gebe hier Überschneidungen. Ebenso gebe es Überschneidungen mit dem Gebäudemanagement. Deshalb müsse man aufpassen, dass keine Parallelstrukturen geschaffen, sondern Synergieeffekte genutzt werden. Man habe bei der Wirtschaftsförderung noch Spielraum. Ihr wäre es aber schon wichtig, den Ansatz für die Energiewerke bei 50.000 € zu belassen, so Kreisrätin Jung.

Kreisrat Klaußner erklärt, er wisse, dass er hier als Kreisrat und nicht als Gemeindevorstand sitze. Als Kreisrat dürfe er in seine Wortmeldung aber auch die Meinung der Bürgermeisterkollegen einfließen lassen. Er teile die Meinung von Harald Güller. Man könne nicht immer nur von Personalkostenmehrungen sprechen. Es gebe im Landratsamt das Klimaschutzteam. Dort seien drei Personen beschäftigt. Diese hätten eine entsprechende Qualifikation und Ausbildung. Deshalb sollte man das Ganze nun einmal anlaufen lassen. Kreisrat Klaußner teilt ferner mit, er könne sich damit einverstanden erklären, dass man diese 50.000 € in den Haushaltsplan eintrage, diesen Betrag aber mit einem Sperrvermerk versehe, der nicht vom Landrat, sondern nur vom Personal- oder Kreisausschuss aufgelöst werden könne. Vor einiger Zeit sei ihm dieses Misstrauen im internen Kreis vorgeworfen worden, so Kreisrat Klaußner. Dies sei aber seine freie Meinung, die er zum Ausdruck bringe, auch wenn diese manchmal nicht allen Kollegen passe.

Kreisrat Liebert weist darauf hin, dass ein vom Kreistag im Rahmen der Haushaltsverabschiedung gesetzter Sperrvermerk nur von demjenigen aufgehoben werden könne, der ihn gesetzt habe. Dies sei der Kreistag. Insofern sehe er hierin kein Problem.

Die Personalkosten im Vergleich zum Haushaltsvolumen seien der Parameter, der zu Bedenken Anlass geben könnte. Dies tue er aber beileibe nicht. Von 2001 bis 2012 sei eine Quote von 14,8 % und in 2012 eine Quote von 15,9 % der Personalkosten zum Haushaltsvolumen vorhanden. Hieran sehe man, dass die Personalkosten mit dem Aufgabenzuwachs parallel gelaufen und nicht ausgeföhrt seien. Es sei einsehbar, dass dies zu Diskussionen Anlass gebe. Man müsse aber schon bei den objektiven Zahlen bleiben, die sich in den letzten 12 Jahren nur unwesentlich verändert hätten. In Bereichen, in denen es Veränderungen gegeben habe, seien Aufgabenkompetenzen zugewachsen, wie z. B. im Jugendhilfebereich, aber auch in den von Kollege Klaußner genannten Bereichen. Insgesamt sei der Landkreis auf einem guten Weg und immer noch auf der Spur.

Kreisrat Klaußner spricht die Seite 1 der Kreisausschussvorlage an. Das Ergebnis 2011 der Personalausgaben habe 24 Mio. € betragen. Nun seien es 27 Mio. €. Dies seien rechnerisch mehr als 10 % innerhalb dieser kurzen Zeit. In fünf Jahren sei die Kreisumlage von 45 % auf mittlerweile knapp 50 % erhöht worden. Kreisrat Klaußner betont, er sei hier in der Verantwortung. Wenn er von Kollegen angegangen werde, dann wolle er nicht den Eindruck erwecken, als wäre er linientreu. Seine Meinung gehe eben dahin, dass man diese Zahlen (Kreisumlage und Personalkosten) auf den Tisch lege. Er werde nicht nachgeben, sondern im Hinblick auf die Kreisumlage ganz massiv öffentlich dafür kämpfen, dass man heuer nicht nur keine Erhöhung habe werde, sondern auch über andere Varianten nachdenken müsse.

Kreisrat Müller möchte die Diskussion wieder auf die Kreisenergiewerke lenken. Aus Sicht eines Bürgermeisters sei es für ihn nach wie vor immer noch nicht klar, warum man Kreisenergiewerke in der Rechtsform einer GmbH & Co.KG brauche, um das umzusetzen, was CSU und FW im Antrag geschrieben hätten. Für ein Windrad in Hegnenbach oder für eine Bewirtschaftung der eigenen Dachflächen brauche der Landkreis keine Beteiligung der Kommunen. Man könne darüber diskutieren, z. B. in Bürgersolar- oder -energieanlagen einzusteigen. Netzübernahmen, wie man sie ursprünglich einmal diskutiert habe, seien nach derzeitigem Stand der Rechtslage ebenfalls nicht möglich. Deswegen sei die Kritik als Bürgermeister, dass die Kreisenergiewerke als solches im Moment keinen Sinn machen, jedenfalls nicht so, wie sie angedacht seien.

Wenn man machen wolle, was der Hohenlohe-Odenwald-Tauber-Kreis vorgestellt habe, dann sei dies etwas anderes. Kreisrat Müller betont, dies sei seine persönliche Meinung. Er wisse, dass die SPD-Fraktion dies differenzierter sehe als er, es aber einige Bürgermeisterkollegen über die Parteigrenzen hinweg gebe, die dies genauso sehen würden wie er. Zur Aussage der Kollegin Jung, dass nichts voran gehe, meint Kreisrat Müller, dass die Kritik durchaus nachvollziehbar sei. Man sollte jetzt aber nicht irgendetwas machen, nur damit etwas vorangehe. Wenn man nun einfach Werke gründe, obwohl der Landkreis gar nicht operativ tätig werden könne, laufe man Gefahr, irgendwann nicht mehr ernst genommen zu werden. Deswegen wäre sein Appell als Kreisrat und als Bürgermeister, die Diskussion dort zu beginnen, dass es in erster Linie um Beratung gehe. Wenn man Werke propagiere, ohne zu sagen, wie diese Werke „werken“ können, dann werde es schwierig.

Kreisrat Buhl merkt an, die Angelegenheit sei nicht so kompliziert und schwierig, wie jetzt darüber geredet werde. Man könne doch durchaus schauen, was andere machen. Was Vernunft habe, könne man auch übernehmen. Er habe ein persönliches Gespräch mit dem Landrat über das Thema geführt, der erklärt habe, dass sich die Frage nach zusätzlichen Kosten nicht stelle, soweit dies das eigene Personal im Hause machen könne. Der Landrat werde dann schon schreien, wenn er weitere Optimierungsmöglichkeiten sehe, die dann aber Geld kosten, sei es in Form von Personal oder anderen Einsätzen.

Kollege Klaußner sage jetzt, die Kreisumlage sei ein Riesenproblem, so Kreisrat Buhl. Er habe bei der Haushaltsrede im vergangenen Jahr bereits erklärt, dass es immer die gleichen seien, die während des Jahres schreien, was sie für ihre Städte und Gemeinden brauchen, und sich dann am Ende des Jahres wundern würden, wenn die Summe angestiegen sei und der Landkreis mehr Kreisumlage erheben müsse.

Kreisrat Klaußner stellt fest, dass von den 46 Gemeinden wohl 45 mitmachen werden und jede Gemeinde 2.000 € einsetzen müsse. Nach seiner Rechnung seien dies 90.000 €, die alleine von den Gemeinden kommen. Eingesetzt seien aber nur 50.000 €.

Herr Seitz informiert darüber, dass bereits im Haushalt 2012 als Stammkapitaleinlage 25.000 € vorgesehen gewesen sind. Diese stünden zur Verfügung. In diesem Haushalt seien keine weiteren Ansätze vorgesehen, sofern jetzt nichts anderes beschlossen werde. Die Einlage in Höhe von 2.000 € pro Gemeinde müsse dann bei den Energiewerken veranschlagt werden. Diese hätten mit dem Haushalt des Landkreises nichts zu tun.

Lfd. Nr. 97, Zusatzliste (Augsburger Schwabenhallen Messe- und Veranstaltungs GmbH – Ertüchtigung des Messegeländes)

Landrat Sailer spricht als erstes die dem Grunde nach bereits im Kreisausschuss behandelte Bürgschaft an. Zum zweiten gehe es um den Betriebskostenzuschuss (anteiliger Zins- und Tilgungsdienst) und in der Perspektive zum dritten um einen möglichen Zuschuss zum Neubau der Messehalle 4. Hierfür brauche man aber in diesem Haushaltsjahr noch nichts vorsehen. Über den Einstieg in den laufenden Betrieb, auch über Zins- und Tilgungsdienste, müsse man sich erst dem Grunde nach verständigen. Der Auftakt hierzu sei heute die Vorstellung von Herrn Reiter gewesen, der dem Kreisausschuss den Wirtschaftsplan und den Masterplan vorgelegt habe. Nach der Beratung in den Fraktionen werde man diese Grundsatzentscheidung an geeigneter Stelle führen. Für das Haushaltsjahr 2013 bleibe es aus seiner Sicht nur bei der Bürgschaft. Nur diese sei bisher beschlossen. Deswegen solle kein weiterer Ansatz erfolgen.

Lfd. Nr. 99, Überlassene Grunderwerbsteuer)

Kreisrat Liebert macht den Vorschlag, den Ansatz von 4,5 Mio. € auf 4,6 Mio. € anzuheben, nicht zuletzt aufgrund des Ist-Ergebnisses.

Kreisrat Güller stimmt diesem Vorschlag zu.

Lfd. Nr. 103 (Kostenaufkommen)

Von **Kreisrat Liebert** wird mit Blick auf das Vorjahresniveau eine leichte Anhebung des Ansatzes auf 5,7 Mio. € vorgeschlagen. Damit besteht seitens des Kreisausschusses einstimmig Einverständnis.

BSS-Vorlage

Lfd. Nr. 6 d) (Wildwasser Augsburg)

Herr Seitz teilt mit, der Beirat für Soziales und Seniorenfragen habe sich mit dem Antrag auseinandergesetzt und die Ablehnung dieses Antrages einstimmig empfohlen. Herr Beck habe in der Sitzung erläutert, dass Wildwasser bereits im Vorfeld versucht habe, das Konzept mit ihm abzustimmen. Letztendlich sei der Antrag aber nach der Antragsfrist eingegangen. Der Beirat habe ungeachtet der Verfristung des Antrags diesen aber zum wiederholten Male auch inhaltlich abgelehnt.

Kreisrätin Dr. Strohmayer betont, es sei unsäglich, dass jedes Jahr wieder über dieses Thema diskutiert werde. Sie habe eine Kopie des Antrags vorliegen, der am 8. Juni 2012 abgegeben wurde. Sie glaube nicht, dass Wildwasser einen Antrag „türke“. Vor den Sommerferien habe sie mit Herrn Beck und Frau Hagen über Wildwasser geredet. Sie wisse

auch, dass Wildwasser mit Herrn Beck in Kontakt gestanden habe. Leider – dies müsse sie zugestehen – sehe Wildwasser seinen Schwerpunkt nicht in der Antragstellung. Es könne daher nicht per Einschreiben dokumentiert werden, dass der Antrag losgeschickt worden sei.

Wenn dann im Beirat nur dargestellt werde, dass der Antrag von Anfang an verfristet sei, dann sei dies ungut, da einige Leute diese Gruppierung politisch wohl nicht unterstützen wollen. Es gebe einen § 8 b im Sozialgesetzbuch VIII, der das Recht auf Beratung festlege. Durch das neue Kinderschutzgesetz, das von Bundesministerin Schröder propagiert worden sei, sei dieses Recht nochmals verfestigt worden. Wildwasser berate anonym. Wenn Frauen oder Kinder mit ihren schlimmen Erlebnissen zu Wildwasser kommen, dann würden diese nicht als allererstes gefragt, ob sie im Landkreis oder in der Stadt wohnen. In der Folge der Beratung komme dann vielleicht irgendwann auf, dass die entsprechende Person im Landkreis wohne. Der Verein könne dann nicht einfach nicht mehr weiter beraten.

Zur Höhe des Antrags führt Kreisrätin Dr. Strohmayer an, dass der Verein dieses Mal im Vergleich zu den Jahren zuvor sehr viel beantragt habe. Dies liege einfach daran, weil der Verein in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Fällen aus dem Umkreis und damit aus dem Landkreis hatte.

Im letzten Jahr habe sich der Kreisausschuss auf einen Minimalkonsens von 1.500 € geeinigt, so Kreisrätin Dr. Strohmayer. Sie habe nun dargelegt, dass der Antrag aus ihrer Sicht nicht verfristet oder nicht verspätet eingegangen sei. Deshalb bitte sie zumindest wieder um einen Minimalkonsens, damit der Verein zumindest wieder eine Minimalleistung für den Landkreis erbringen könne.

Vorhin habe man über Riesenbeträge für Kreisenergiwerke geredet, obwohl noch keiner genau wisse, was man überhaupt machen werde. Es gehe hier um einen Minimalbeitrag im Sozialen. Jedes Jahr müsse man hierüber stundenlang reden. Kreisrätin Dr. Strohmayer, erklärt, sie sei es ebenso leid wie alle anderen. Dies liege nicht nur an Wildwasser, denen man in Zukunft vielleicht unterstützend beiseite stehen könnte. Es liege auch daran, dass dies scheinbar nicht gewollt werde und dass man deswegen jedes Jahr wieder diese Debatte entbrennen lasse.

Landrat Sailer entgegnet, politisch diskutiert werde dies von allen, in erster Linie aber von Kollegin Dr. Strohmayer, und zwar jedes Jahr aufs Neue. Er habe damit kein Problem. Vermutlich verbräte man aber inzwischen in der Verwaltung mehr Personalkosten mit der Beschäftigung mit Wildwasser, als dass diese Zuschüsse bekommen. Kollegin Dr. Strohmayer müsse dann aber auch die Rückseite der Medaille betrachten. Sowohl im Jahr 2011 als auch im Jahr 2012 hätten die zuständigen Fachausschüsse – sowohl die Sozialkonferenz als auch der Beirat für Soziales und Seniorenfragen – jeweils beschlossen, keinen Zuschuss zu geben. Erst hier im Kreisausschuss sei die Thematik dann wieder politisch diskutiert worden. Unabhängig davon, ob der Antrag verspätet eingegangen sei oder nicht, habe man aus fachlichen Gründen gesagt, dass man hiermit aufgrund des bereits vorhandenen ähnlichen Beratungskonzeptes eine Doppelstruktur aufbaue. Deswegen hätten beide Gremien beschlossen, keinen Zuschuss zu geben. Es gehe hier auch nicht um die Höhe des Antrags. Wenn der Fachausschuss dies als begründet und berechtigt ansehe, dann werde er auch einer entsprechenden Förderung zustimmen. Die Einzigen, die dies immer wieder hinterfragen würde, seien die Kolleginnen Strohmayer und Wehrle. Diese hätten sicherlich ihre berechtigten Gründe dafür, sollten dann aber den Mitgliedern im Ausschuss nicht vorwerfen, dass sie dies aus irgendwelchen politischen Gründen ablehnen würden. Diese hätten stattdessen aus inhaltlichen Gründen entschieden, dass dafür kein Zuschuss notwendig sei.

Kreisrat Buhl teilt mit, ihm liege der Antrag, der Kreisrätin Dr. Strohmayer vorliege, so nicht vor. Herr Beck habe in der Sitzung dargelegt, dass der erste Antrag vom Juni als Entwurf gekennzeichnet gewesen sei. Die im Juni enthaltene Begründung sei dann im September so nicht mehr beantragt worden, sondern etwas völlig Neues. Deshalb sei auch ein ganz ande-

rer Betrag genannt worden. Der Beirat sei merkwürdig berührt gewesen, nachdem diejenigen, die mit dem Landkreis einen Vertrag hätten, mit 10.000 € im Jahr auskämen, während diejenigen, die dafür eigentlich gar nicht zuständig seien und nur ein paar Einzelfälle beraten, die laut Herrn Beck außerdem deutlich zurückgegangen seien, dann 15.000 € bekommen sollen. Der Beirat sei sich daraufhin einstimmig einig und zudem merkwürdig berührt darüber gewesen, dass in den letzten zwei Jahren das Votum des Beirats gekippt worden sei. Die Beratung sei deutlich in der Sache und nicht politisch erfolgt, so Kreisrat Buhl. Alles andere wäre eine Unterstellung, die er an dieser Stelle zurückweisen müsste.

Kreisrätin Jung erklärt, dass nach Rücksprache mit ihrem Ausschussmitglied die einstimmige Ablehnung mit der Verfristung begründet gewesen sei. Deswegen habe ihr Kollege dem auch zugestimmt. Der im September von Wildwasser abgegebene Antrag sei nochmals nachgebessert worden, und zwar aufgrund der mit Herrn Beck vorher besprochenen Dinge. Dieser Antrag sei dann am 27. September persönlich abgegeben worden. Kreisrätin Jung meint, es sei wirklich müßig, immer wieder das gleiche Thema zu diskutieren. Rückblickend sei festzustellen, dass die Beratungsstelle erst eingerichtet worden sei, als in der Vergangenheit immer genau die gleichen Diskussionen über Wildwasser geführt wurden. Die Grünen hätten dann ein Gutachten in Auftrag gegeben, das bestätigt habe, welche Arbeit Wildwasser mache und der Verein durchaus berechtigt wäre, Geld zu bekommen. Daraufhin sei ein Konzept – von Frau Hagen und von der CSU angetrieben – entwickelt worden, damit genau dieses Gutachten nicht zum Tragen komme. Kreisrat Jung macht deutlich, diese Diskussion ziehe sich nun hin, solange sie im Kreistag sei. Man müsse endlich eine Lösung finden und zu einer Regelförderung kommen, damit man diese Diskussionen umgehen könne.

Kreisrat Güller verweist ebenfalls auf den vorliegenden Brief von Wildwasser vom 8. Juni 2012. Darin werde Antrag auf Förderung der Arbeit von Wildwasser im Jahr 2013 gestellt. Es seien einige Fallzahlen, die allerdings nicht nach Landkreis und Stadt aufgegliedert seien, sowie 15.000 € angeführt. Kreisrat Güller betont, dies würde er als Antrag sehen. Die Verwaltung hätte die Aufteilung der Fälle noch erfragen können. Die Aussage, wonach der Antrag verfristet sei, sei damit falsch. Wenn dies falsch sei, müsste sich eigentlich der Ausschuss nochmals inhaltlich damit beschäftigen. Die entscheidende Frage sei somit, ob es am 8. Juni ein solches Schreiben gegeben habe.

Das Thema Regelförderung stehe überhaupt nicht zur Debatte. Dies müsse der Ausschuss entscheiden, ohne im Hintergrund die Diskussion über verfristete Anträge zu haben.

Landrat Sailer macht deutlich, dass vom Ausschuss eine Regelförderung zweimal abgelehnt wurde, und zwar unabhängig von Fristen.

Stv. Landrat Häusler vertritt die Auffassung, dass nicht die Frage entscheidend sei, in welcher formalen Form der Antrag eingegangen sei oder nicht. Es gehe im Wesentlichen um die Aufgabenstellung und inhaltliche Ausgestaltung. Er sei genauso lange im Kreistag wie Kollegin Jung. Damals sei das Thema nicht Wildwasser, sondern das Notruftelefon gewesen. Dieses sei von Jahr zu Jahr weiterdiskutiert worden. Stv. Landrat Häusler erklärt, ihm gehe es nicht darum, 1.500 € einzusetzen, um irgendjemanden zu befrieden. Es gehe darum, ob diese Aufgabe entsprechend der gesetzlichen Vorgaben abgedeckt sei oder nicht. Ihm sei aus dem jetzigen Beirat berichtet worden, dass der Landkreis seine Aufgabe in diesem Bereich erfülle und die Arbeit von Wildwasser absolut deckungsgleich wäre. Wenn dem so sei, dann sei dem nicht viel hinzuzufügen. Wenn dem nicht so sei, dann habe man Nachholbedarf.

Kreisrat Liebert verweist auf seine bereits vor einen Jahr gestellte Frage, ob der Missstand, den Wildwasser beheben möchte, bereits durch eine andere Institution abgedeckt sei oder nicht, unabhängig von jeder formalen Betrachtung. Ihm sei völlig egal, ob der Antrag am 8. Juni eingegangen sei oder nicht. Er wolle sich in seinem Beitrag ausschließlich auf das Materielle konzentrieren. Die Frage sei wie im letzten Jahr auch, ob diese Aufgabenstellung,

die der Landkreis zu erfüllen habe, abgedeckt sei oder nicht. Man habe im letzten Jahr eine große Debatte hierüber geführt und sich über die Fälle berichten lassen. Dabei habe man festgestellt, dass die Beratungsstelle „via – Wege aus der Gewalt“ exakt das abdecke, was auch Wildwasser mache.

Kreisrat Liebert erklärt, er wolle dies nicht werten, weil er dem Ausschuss nicht angehöre. Man sollte eher die Frage beantworten, inwiefern man die vorberatenden Ausschüsse noch ernst nehme. Wenn diese Dinge beurteilen und empfehlende Äußerungen abgeben, die der Kreisausschuss dann über den Haufen werfe, sei die Frage, warum man vorberatende Ausschüsse habe. Wenn der Beirat für Soziales und Seniorenfragen feststelle, dass diese Aufgabe abgedeckt sei, dann bleibe keine Möglichkeit, Mittel einzustellen.

Kreisrätin Dr. Strohmayer informiert über Aussagen der Ausschussmitglieder ihrer Fraktion, womit diese ihr Votum ausschließlich auf die Tatsache abgestellt hätten, dass dies ein verfristeter Antrag sei. Erst im Nachgang habe sie erklärt, dass dies so nicht stimme. Darum sei dies dann nochmals diskutiert worden.

Herr Püschel geht nochmals auf das Thema der Verfristung ein. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass auf Ebene der Verwaltung irgendwelche Anträge unterdrückt würden. Man habe ein Schreiben vom 27. September 2012, das mit dem Betreff „Antrag auf Personal- und Sachkostenförderung 2013/14“ überschrieben sei. Hierin werde auf kein anderes Schreiben Bezug genommen. Ob die Zahlen jetzt übereinstimmen oder nicht, könne er nicht sagen. Man habe aber außerdem eine E-Mail vom 26.10.2012 von der Geschäftsführerin von Wildwasser, Frau Steiner, an den Landrat. Darin schreibe sie, dass der Verein Ende September einen Antrag auf Förderung der Beratungsstelle gestellt habe und man dazu gerne ein Gespräch hätte. Nach Aktenlage tue man sich daher schwer, zu erkennen, dass es einen Antrag vom 8. Juni gebe. Selbst die Geschäftsführerin sei, zumindest am 26.10.2012, der Auffassung, dass sie einen Antrag Ende September gestellt habe.

Kreisrat Güller weist darauf hin, dass die Geschäftsführerin seiner Fraktion gegenüber behauptet habe, sie habe ein Schreiben vom 8. Juni, welches sie dann auch übermittelt habe.

Herr Püschel entgegnet, es bleibe nach Aktenlage objektiv nichts anderes übrig, als davon auszugehen, dass man einen Antrag von Ende September vorliegen habe.

Kreisrätin Dr. Strohmayer legt dar, der Antrag vom 8. Juni sei nahezu inhaltsgleich mit dem Antrag vom 27. September. Es seien lediglich nochmals die Zahlen abgeändert worden. Herr Beck habe sich damals schon darüber aufgeregt, dass der Betrag sehr hoch sei und erklärt, dass er deswegen mit Wildwasser nochmals in Verhandlungen getreten wäre. Daraufhin habe Wildwasser einen veränderten Antrag eingereicht.

Herr Püschel merkt an, dass an einem Antrag auf Förderung nicht der Textteil, sondern die Zahlen essentiell seien. Wenn Kreisrätin Dr. Strohmayer nun sage, die Zahlen seien geändert, dann sei ursprünglich kein Antrag da gewesen. Der 1.9. sei inzwischen allen Beteiligten bekannt. Wenn es wirklich im Juni Gespräche gegeben habe, dann hindere Wildwasser niemand daran, bis Anfang September diesen korrigierten Antrag abzugeben. Die Verwaltung unterdrücke keine Anträge.

Kreisrätin Dr. Strohmayer stellt klar, sie habe der Verwaltung niemals unterstellt, dass irgendetwas zurückgehalten werde. Es gehe ihr um die Auslegung, was der erste Antrag sei.

Kreisrat Buhl weist darauf hin, dass in den letzten beiden Jahren auch immer gewertet worden sei, dass „via“ beide Geschlechter vertrete, Wildwasser hingegen nur Frauen.

Landrat Sailer kommt auf die Empfehlung des Fachausschusses zurück, einen Nullansatz zu fahren.

Kreisrätin Dr. Strohmayer spricht sich dagegen aus und beantragt, für Wildwasser mindestens eine Förderung wie im letzten Jahr einzustellen.

Für diesen Antrag sprechen sich 3 Ausschussmitglieder aus, 7 Ausschussmitglieder sind dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nachdem keine weiteren Anmerkungen zu den beiden Haushaltsvorlagen bestehen, verweist Landrat Sailer diese zur weiteren Beratung in die Fraktionen.

TOP 2	Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 13/0003
--------------	--

Sachverhalt:

Aufgrund einer personellen Veränderung in der Vorstandschaft des Kreisjugendrings Augsburg-Land wird vom Kreisjugendring beantragt, anstelle des bisherigen beratenden Mitglieds, Herrn Jörg Mücke,

Herrn Josef Falch, Georgenstr. 17 a, 86456 Lützelburg,

in den Jugendhilfeausschuss zu berufen. Herr Falch war bisher Stellvertreter von Herrn Mücke im Jugendhilfeausschuss.

Zum Stellvertreter von Herrn Falch soll

Herr Johannes Jansen, Flachsstr. 50, 86179 Augsburg,

bestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

Nach Darstellung des Sachverhalts durch **Landrat Sailer** fasst der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag,

Herrn Josef Falch, Georgenstr. 17 a, 86456 Lützelburg,

anstelle von Herrn Jörg Mücke als beratendes Mitglied und

Herrn Johannes Jansen, Flachsstr. 50, 86179 Augsburg,

als künftigen Stellvertreter von Herrn Falch in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0

TOP 2	Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 13/0003/1
--------------	--

Sachverhalt:

Der bisherige Stellvertreter von Frau Helga Kramer-Niederhauser (Kath. Kirche), Herr Andreas Jall, hat sein Amt niedergelegt und kann seine Funktion im Jugendhilfeausschuss deshalb nicht mehr ausüben.

Von der Diözese Augsburg wurde als künftiges stellvertretendes Mitglied

Frau Martina Kraus, Mittleres Pfaffengäßchen 15, 86152 Augsburg

benannt.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

Der Kreisausschuss fasst nachstehenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, für die Kath. Kirche

Frau Martina Kraus, Mittleres Pfaffengäßchen 15, 86152 Augsburg

anstelle von Herrn Andreas Jall als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

TOP 3 Verschiedenes

Landrat Sailer spricht die Einführung der Alt-Kfz-Kennzeichen an. Hierzu habe er bereits ein sehr deutliches Meinungsbild der Fraktionsvorsitzenden bekommen. Auch das Stimmungsbild mehrerer Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen sei relativ eindeutig, beim Kennzeichen für Augsburg zu bleiben. Nun hätte er hierzu gerne noch die Meinung des Kreisausschusses eingeholt.

Dies wird vom Kreisausschuss genauso gesehen, worauf **Landrat Sailer** erklärt, dass er dies dann entsprechend entscheiden werde.

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Kreisrätin Dr. Strohmayer spricht die Sondersitzung des Kreistages am 25. Februar an. Neben den zur Diskussion vorgesehenen Punkten könnte auch noch darüber diskutiert werden, wie es um die Sicherheit an den Bahnhöfen stehe.

Landrat Sailer informiert über die Absicht, mit Hinblick auf den Bahnhof Diedorf eine Ausschusssitzung vor Ort zu machen. Er wolle dies zunächst inhaltlich sauber aufarbeiten, zumal es dazu einen Schriftverkehr mit der Bahn gebe und bereits Verhandlungen laufen. Seitens einer Kommune sei auch Bereitschaft signalisiert worden, sich – sofern notwendig – finanziell am Ausbau zu beteiligen.

Kreisrat Güller bittet darum, Ortstermine in Neusäß und in Diedorf zu machen. Dies ist laut **Landrat Sailer** so vorgesehen. Er wolle sowohl den Bau-, Umwelt- und Energieausschuss als auch den Schul- und Kulturausschuss zu diesem Termin einladen.

Stv. Landrat Häusler teilt mit, dass am 26.2. wohl eine Exkursion nach Krumbach zum Thema „Flexi-Bus“ vorgesehen sei. Er möchte wissen, wer dies veranstaltet bzw. wer dazu eingeladen wurde.

Kreisrat Klaußner berichtet, es habe sich hierbei um eine Anregung aus der Vorstandschaft des Bayer. Gemeindetages gehandelt, in der diese Thematik intensiv diskutiert worden sei. Die Organisation erfolge durch Frau Baur von der Wirtschaftsförderung. Es seien alle Bürgermeister sowie Mitarbeiter der Verwaltung eingeladen, die Verkehrsfragen regeln.

Kreisrätin Jung meint, dass es dann wohl sinnvoll wäre, den Nahverkehrsplan später zu beraten. Falls bei der Besichtigung etwas Positives herauskommen sollte, könne dies ansonsten nicht mehr eingearbeitet werden.

Landrat Sailer erklärt, dass inzwischen einige Fragestellungen an ihn herangetragen wurden. Derzeit erfolge eine Terminabstimmung für eine weitere Sitzung des Arbeitskreises, der sich zunächst mit dem Thema beschäftigen solle. Anschließend solle hierüber in den Fraktionen und dann erst wieder im Kreisausschuss beraten werden.

Stv. Landrat Häusler erkundigt sich nach der Möglichkeit, dass auch Mitglieder der Fraktionen an dieser Fahrt teilnehmen.

Kreisrat Klaußner meint, er habe zwar nicht zu der Fahrt eingeladen, hätte aber nichts dagegen.

Landrat Sailer weist darauf hin, dass die Mitglieder des Arbeitskreises Regionaler Nahverkehrsplan eingeladen wurden.

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

56. Sitzung des Kreisausschusses 28.01.2013